

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 151. Ratssitzung vom 12. April 2017

2855. 2017/78

Postulat von Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Michael Kraft (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 29.03.2017:

Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal, Ausarbeitung eines Betriebskonzepts und einer Hausordnung nach liberalen und offenen Kriterien sowie mit einer lokalen Gestaltungsfreiheit

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Katharina Prelicz-Huber (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2808/2017): Die Verordnung des EJPD über die Betreibung von Unterkünften des Bundes im Asylbereich ist noch in Bearbeitung. Mit dem vorliegenden Postulat bitten wir den Stadtrat, dass er in Kontakt mit dem SEM tritt und dort darauf einwirkt, dass das Betriebskonzept, also die Hausordnung im BAZ möglichst liberal und offen ausformuliert wird, damit man auch eine lokale Gestaltungsfreiheit hat. Man muss dem urbanen Standort Rechnung tragen. Seitens des Quartiers gibt es den Wunsch, dass die Bevölkerung einen einfachen unkomplizierten Austausch mit den Asylsuchenden sucht. Es kann nicht sein, dass man eine restriktive Hausordnung mit restriktiven Öffnungszeiten fest in die Verordnung schreibt. Wir möchten eine Willkommenskultur und dass die Menschen mit Würde und Respekt behandelt werden, damit sie einen möglichst normalen Alltag mit vielseitigen Begegnungen haben. Wieso man immer wieder darauf kommt, dass man eine restriktive Hausordnung einhalten soll, leuchtet uns nicht ein. Es sind keine Internierten, sondern freie Menschen, die ihren Tagesablauf so selbstbestimmt wie möglich gestalten sollen, so wie wir auch. Es gibt keinen Grund, warum sie um 20.00 Uhr im Zentrum zurück sein müssen, warum man nicht einmal extern übernachten kann. Um der Sicherheit Willen müssen Eingangs- und Ausgangskontrollen stattfinden, damit man weiss, wer sich auf dem Gelände befindet. Es kann nur eine restriktive Ordnung geben, wenn man von konkreten Gefahren ausgeht. Solange es das Verfahren jedoch nicht tangiert, soll das Betriebskonzept offen gestaltet sein, so dass die Menschen eine hohe Bewegungsfreiheit haben.*

***Roberto Bertozzi (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Weniger strenge Sicherheitsregelungen zu fordern, bedingt auch, eine Verantwortung zu übernehmen. In der Fraktionserklärung hat die SP empört darauf reagiert, dass sie die Verantwortung tragen muss, falls etwas schief geht. Es kommen Menschen zu uns, die verfolgt sind oder eben nicht, bis das Verfahren von 140 Tagen durch ist. Überall dort, wo es Konflikte gibt, gibt es Verfolgte, aber es gibt genauso Kriminelle die flüchten, weil sie beispielsweise die Macht bei einem Machtwechsel verloren haben. Man muss also den Einzelfall individuell prüfen. Wir stehen zu 100 Prozent zur humanitären Tradition der Schweiz. Aber es ist auch wichtig, nicht alle Asylbewerber gleich zu Heiligen abzustempeln, sondern die Fälle individuell zu*

betrachten. Es ist sicher unproblematisch, wenn Familien sich unter einem lockeren Regime frei bewegen können oder ältere Personen und Frauen, die nicht zur Risikogruppe gehören. Die Risikogruppe sind junge Männer, unter Umständen in Gruppen, wo das Gefährdungspotenzial grösser ist. Man könnte eine differenzierte Regelung einführen. Wir sind gegen das Postulat und werden es ablehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Karin Weyermann (CVP): *Wir werden das Postulat unterstützen. Wir wollen auch ein offenes Zentrum, aber uns ist die Rechtsgleichheit wichtig. Wir legen deshalb den Fokus mehr darauf, dass sich der Stadtrat dafür einsetzt, dass die Verordnung bereits liberal ist. Dies zugunsten einer rechtsgleichen und überall gleichen Handhabung. Der Stadtrat soll sich für ein liberales und offenes Zentrum einsetzen.*

Markus Baumann (GLP): *Wir dürfen bei der Diskussion nicht vergessen, dass wir nicht das einzige Bundesasylzentrum in der Schweiz und auch nicht im Kanton sein werden. Es geht deshalb auch darum, keine Ungerechtigkeiten zu schaffen. Wir möchten keine Zürich-Lösung haben, die nachher zu einem Präjudiz führen könnte. Gleichzeitig möchten wir aber die Gerechtigkeit anstreben, wofür wir uns einsetzen. Wenn man sich mit der AOZ auseinandersetzt, weiss man, dass es nicht so restriktiv gehandhabt wird. Man kann sich sehr wohl für das Wochenende abmelden, dies muss jedoch früh genug passieren. Das ist eine Kontrolle, weil man auch wissen muss, wer im Zentrum ein- und ausgeht, was der Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner dient. Der Stadtrat ist mit seinen Gesprächen schon sehr weit gekommen und hat viel erreicht. Vielleicht sollte man auch erst die Berichte abwarten und nachher wieder handeln. Warum es gerade in Zürich eine ganz andere Hausordnung benötigt, wurde bisher nicht schlüssig erklärt. Wir lehnen das Postulat ab.*

Michael Kraft (SP): *Es geht nicht primär um Sicherheit. Die asylsuchenden Flüchtlinge können auch heute das Zentrum ohne Weiteres verlassen, es geht darum wie lange. Es ist niemandem geholfen, wenn Asylsuchende um 17.00 Uhr wieder zurück im Zentrum sein müssen. So ist keine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich, man kann nicht abends noch Fussball spielen oder eine Veranstaltung besuchen. Das führt primär zu Unzufriedenheit. Personen, die zufrieden sind, geben weniger Anlass zu Konflikten. Man kann behaupten, es geht uns nichts an, weil es nicht die kommunale Ebene betrifft, es geht aber um Menschen, die in unserer Stadt leben. Einerseits um die Quartierbevölkerung, die sich den Austausch wünscht und andererseits um die geflüchteten Menschen, die unsere Würde und unseren Respekt verdient haben. Denn auch sie sind, wenn auch nur für relativ kurze Zeit, Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt.*

Alexander Brunner (FDP): *Wir haben uns enthalten, weil wir verstehen, dass es in einem urbanen Kontext eine andere Hausordnung geben soll. Andererseits wissen wir, dass es eine Verordnung des SEM ist und es ist zu fragen, wie sehr wir Einfluss darauf nehmen wollen. Bis jetzt gibt es gar keine Anzeichen für eine menschenunwürdige Unterbringung und für die Hausordnung gilt dasselbe.*

3 / 3

Das Postulat wird mit 65 gegen 31 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat